



Zahlen Daten Fakten

> spezial <

 **dbb**  
beamt**en**bund  
und tar**if**union

# Bürgerbefragung öffentlicher Dienst

Einschätzungen, Erfahrungen und Erwartungen

2008

# Vorwort

Mit der Bürgerbefragung öffentlicher Dienst 2008 legen das Meinungsforschungsinstitut forsa und der dbb beamtenbund und tarifunion zum zweiten Mal eine umfassende demoskopische Erhebung zu Kernthemen des öffentlichen Dienstes vor. Erstmals bietet sich damit jetzt die Möglichkeit, Entwicklungslinien und Einstellungsänderungen im Urteil der Bürger über die staatlichen Leistungen zu dokumentieren. Gleichzeitig können Veränderungen im Selbstbild der Beschäftigten des öffentlichen Dienstes nachgezeichnet und ein wissenschaftlich belastbares Meinungsspektrum zu aktuellen politischen Sachfragen erstellt werden.

2008 deutet sich eine nachdrückliche Imageverbesserung sowohl für die staatlichen Leistungen als auch für deren eigentliche Leistungsträger – die Beschäftigten – an. Während den Beamten und Angestellten des Staates mehr Wohlwollen entgegengebracht wird, stoßen alle Pläne für weitere Privatisierungen öffentlicher Dienstleistungen auf wachsende Ablehnung. Gleichwohl zeigen die Befunde auch 2008, dass der öffentliche Dienst in Deutschland noch nicht übermäßig beliebt ist. Belegt wird aber erneut, dass viele negative Einstellungen der Bevölkerung gegenüber dem öffentlichen Dienst nicht auf entsprechenden eigenen Erfahrungen beruhen, sondern sich als tradierte Klischees verfestigt haben.

Vom 2. bis 20. Juni 2008 wurden insgesamt 3.112 Bürgerinnen und Bürger mit Hilfe computergestützter Telefoninterviews befragt. 1.031 der insgesamt Befragten waren Angehörige des öffentlichen Dienstes (488 Beamte, 543 Tarifangehörige). Die Auswahl der Befragten erfolgte nach einem systematischen Zufallsverfahren, das sicherstellt, dass die befragten Bürgerinnen und Bürger sowie die Beamten und Tarifangehörigen ein Spiegelbild der Gesamtbevölkerung (ab 14 Jahre alt) sowie der im öffentlichen Dienst beschäftigten Beamten und Angestellten darstellen. Die im nachfolgenden dargestellten Befunde der Untersuchung sind somit lediglich mit den bei allen Stichprobenerhebungen möglichen Fehlertoleranzen (bei der vorliegenden Untersuchung max. +/- drei Prozentpunkte) auf die Gesamtheit der Bevölkerung bzw. der im öffentlichen Dienst Beschäftigten übertragbar.



(Peter Heesen)

– Bundesvorsitzender –

# Das Beamtenbild der Deutschen

Die Befragten wurden auch 2008 – wie schon 2007 – gebeten zu sagen, was ihnen alles zu dem Begriff „Beamter“ einfällt. Unverändert können nur wenige (fünf Prozent) keine Vorstellungen mit dem Begriff „Beamter“ verbinden.

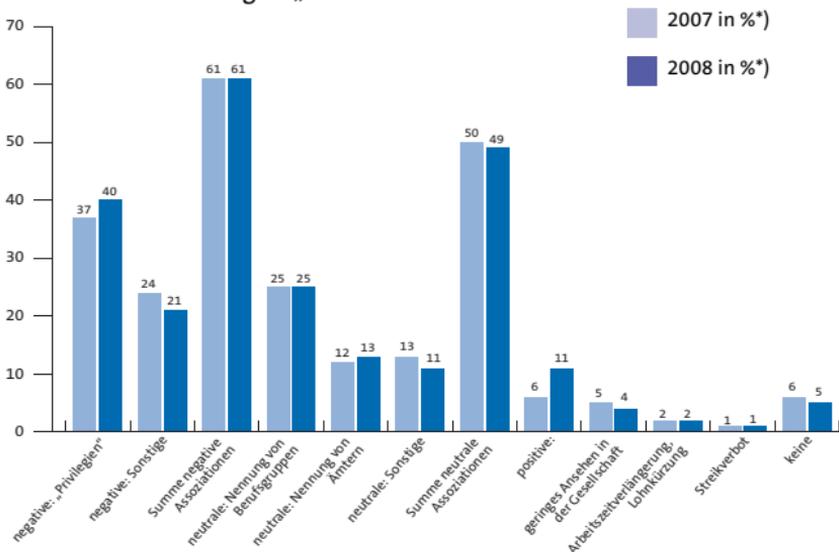
Bei der Bevölkerung insgesamt überwiegen auch 2008 die eher negativen Assoziationen. 40 Prozent (mehr als im Vorjahr) nennen Privilegien, die die Beamten nach Meinung der Bürger haben. Im Einzelnen werden genannt: Der Kündigungsschutz, die als zu hoch empfundenen Verdienste, die hohen und sicheren Pensionen, die geregelten Arbeitszeiten, die Sicherheit des Arbeitsplatzes, etc.

Weitere 21 Prozent nennen negative Attribute und bezeichnen die Beamten als faul, träge, unflexibel, stur, korrupt oder verbinden Beamte mit Papierkram und bürokratischer Schwerfälligkeit oder zu langen Wartezeiten.

Eindeutig positive Assoziationen (wie „Beamte sind auch Menschen und machen ihre Arbeit“, „die muss es geben, die werden gebraucht“, „Pflichterfüllung“, „Korrektheit“, „Zuverlässigkeit“, „Loyalität“, „Treue“, etc.) haben 2008 elf Prozent der Bürger insgesamt – etwas mehr als 2007.

## > Das Beamtenbild der Deutschen

Assoziationen zum Begriff „Beamter“:

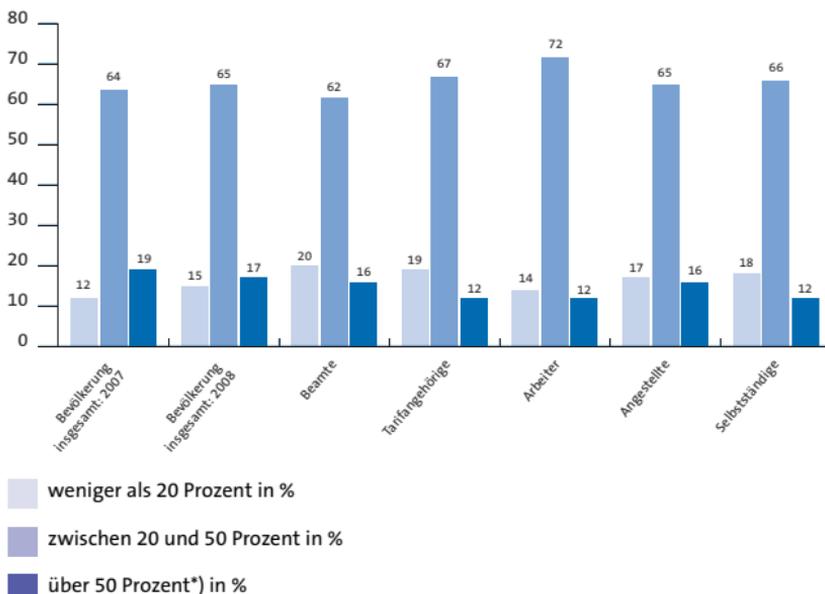


\*) Prozentsumme größer 100, da Mehrfachnennungen möglich

15 Prozent aller Bürger schätzen den Anteil der Beamten im öffentlichen Dienst auf weniger als 20 Prozent. Die große Mehrheit von 65 Prozent glaubt, der Anteil der Beamten läge zwischen 20 und 50 Prozent. 17 Prozent schätzen den Anteil der Beamten auf über 50 Prozent. Tatsächlich liegt er bei 41 Prozent.

## > Anteil der Beamten im öffentlichen Dienst

Im öffentlichen Dienst sind Beamte



\*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

Der Anteil derer, die meinen der Anteil der Beamten im öffentlichen Dienst sollte zu Gunsten angestellter Bediensteter reduziert werden, ist von 67 Prozent im Vorjahr auf 60 Prozent zurückgegangen. Umgekehrt ist der Anteil derer von 29 auf 35 Prozent angestiegen, die keine Reduzierung des Beamten-Anteils wollen.

Die Änderungen zeigen sich mit Ausnahme der FDP-Anhänger in allen Befragengruppen.

## > Reduzierung des Anteils der Beamten im öffentlichen Dienst?

Der Anteil der Beamten im öffentlichen Dienst sollte zu Gunsten angestellter Bediensteter reduziert werden

	ja		nein	
	2007 %	2008 %	2007 %	2008 %
Bevölkerung insgesamt	67	60	29	35
Beamte	45	37	52	60
Tarifangehörige	73	69	25	27
Arbeiter	69	62	27	32
Angestellte	76	69	22	27
Selbstständige	80	68	13	24
Behördenkontakt: häufig	70	63	26	32
selten	62	58	33	37
Anhänger der: CDU/CSU	67	58	29	39
SPD	65	60	33	35
FDP	71	76	25	19
GRÜNEN	80	62	16	35
DIE LINKE.	72	70	26	27

\*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

Die Befragten wurden gebeten, bei 29 Berufen anzugeben, wie hoch die jeweiligen Berufe bei ihnen angesehen sind.

Das höchste Ansehen genießt danach ein Feuerwehrmann, gefolgt vom Krankenpfleger sowie dem Arzt und Piloten.

Das niedrigste Ansehen haben 2008 wie im Vorjahr Versicherungsvertreter, Telekom-Mitarbeiter, Mitarbeiter einer Werbeagentur, Politiker und Gewerkschaftsfunktionäre.

Das Ansehen der einzelnen Berufsgruppen hat sich zwischen 2007 und 2008 nicht wesentlich geändert. Nur das Ansehen der Telekom-Mitarbeiter ist nochmals um drei Punkte zurückgegangen. Um drei Punkte verbessert hat sich das Ansehen der Bahnangestellten, der Schaffner und der Steuerinspektoren. Das Ansehen der Beamten ist um vier Punkte gestiegen.

## > Ansehen einzelner Berufsgruppen

	2008	2007	Veränderung 2008–2007	Rang	
	%	%		2008	2007
Feuerwehrmann	91	90	+ 1	1	1
Krankenpfleger	86	85	+ 1	2	3
Pilot	85	–*)	–	3	–
Arzt	85	86	- 1	3	2
Richter	79	77	+ 2	4	5
Polizist	78	78	0	5	4
Lokführer	65	–*)	–	6	–
Müllmann	64	63	+ 1	7	6
Lehrer	63	63	0	8	6
Techniker	63	–*)	–	8	–
Unternehmer	60	61	- 1	9	7
Anwalt	60	58	+ 2	9	8
Dachdecker	57	58	- 1	10	8
Briefträger	54	52	+ 2	11	10
Studienrat	52	53	- 1	12	9
Steuerberater	47	47	0	13	11
Journalist	45	47	- 2	14	11
EDV-Sachbearbeiter	41	43	- 2	15	12
Bankangestellter	41	38	+ 3	15	13
Schaffner	39	36	+ 3	16	15
Sparkassenmitarbeiter	37	33	+ 4	17	16
Manager	36	37	- 1	18	14
Beamter	31	27	+ 4	19	18
Steuerinspektor	31	28	+ 3	19	17
Gewerkschaftsfunktionär	25	23	+ 2	20	19
Politiker	21	20	+ 1	21	20
Mitarbeiter in Werbeagentur	17	18	- 1	22	21
Telekom-Mitarbeiter	14	17	- 3	23	22
Versicherungsvertreter	12	11	+ 1	24	23

\*) 2007 nicht abgefragt

Beamte haben bei den unter 30- und über 60-Jährigen ein höheres Ansehen als bei den mittleren Altersgruppen. Arbeiter schätzen Beamte mehr als Angestellte und Selbstständige. Das Ansehen ist bei Anhängern der Union und der SPD größer als bei den Anhängern der anderen Parteien.

## Die Leistungsfähigkeit des öffentlichen Dienstes

Der Anteil der im öffentlichen Dienst Beschäftigten wird ähnlich wie auch schon vor einem Jahr von der Hälfte aller Bürger auf über 20 Prozent – und damit deutlich zu hoch – geschätzt. Ihr tatsächlicher Anteil lag bei 11,35 Prozent.

### > Einschätzung des Anteils des öffentlichen Dienstes

		Der Anteil der im öffentlichen Dienst Beschäftigten liegt			
		unter 10 % %	zwischen 10 und 20 % %	zwischen 20 und 30 % %	über *) 30 % %
Bevölkerung insgesamt:	2007	8	41	34	14
	2008	8	40	34	16
Behördenkontakt:	häufig	10	40	33	16
	selten	6	39	34	18
Hauptschule		6	35	32	22
Abitur, Studium		9	45	32	11
Ost		8	32	40	17
West		8	41	32	16

\*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

Die Leistungsfähigkeit des öffentlichen Dienstes wurde 2007 von 30 Prozent als hoch, von fast ebenso vielen (26 Prozent) als niedrig eingeschätzt. Die Übrigen schätzten die Leistungsfähigkeit weder als besonders hoch noch als besonders niedrig ein. 2008 ist das Urteil über die Leistungsfähigkeit des öffentlichen Dienstes freundlicher geworden: 32 Prozent (mehr als 2007) schätzen die Leistungsfähigkeit als hoch, 23 Prozent (weniger als 2007) als niedrig ein.

## > Einschätzung der Leistungsfähigkeit des öffentlichen Dienstes

	Die Leistungsfähigkeit des öffentlichen Dienstes ist			
	hoch		niedrig *)	
	2007 %	2008 %	2007 %	2008 %
Bevölkerung insgesamt	30	32	26	23
Beamte	55	55	7	9
Tarifangehörige	45	44	14	17
Arbeiter	30	30	24	26
Angestellte	25	28	31	24
Selbstständige	11	22	40	36
Behördenkontakt: häufig	28	28	30	30
selten	34	35	23	19
Ost	30	29	26	25
West	30	33	26	22
18- bis 29-Jährige	33	35	25	30
30- bis 44-Jährige	23	28	33	25
45- bis 59-Jährige	25	29	27	23
60 Jahre und älter	34	35	21	18
Anhänger der: CDU/CSU	31	34	20	19
SPD	33	35	22	19
FDP	17	23	42	33
GRÜNEN	25	29	28	27
DIE LINKE.	27	24	36	38

\*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weder besonders hoch, noch besonders niedrig“

# Bürger und Verwaltung

Die Mehrheit der Bürger, die im letzten Jahr eine Behörde aufgesucht hatten, haben alles in allem eher positive Erfahrungen gemacht.

So meinen ähnlich wie schon im Vorjahr die meisten Behördenbesucher (84 Prozent), die Mitarbeiter seien freundlich gewesen bzw. sie seien ordentlich behandelt worden (83 Prozent). Etwas mehr Besucher als im letzten Jahr hatten den Eindruck, dass ihre Angelegenheit eingehend und gründlich bearbeitet wurde (66 Prozent) und dass die Bediensteten qualifiziert gewesen seien (82 Prozent).

Der Anteil derer, die eine zu lange Bearbeitungszeit beklagen, ist dennoch von 30 auf 34 Prozent angestiegen.

## > Erfahrungen mit dem öffentlichen Dienst

	Behördenbesucher *)	
	2007 %	2008 %
Die zuständigen Mitarbeiter haben sich um die Angelegenheit eingehend und gründlich gekümmert:		
– ja	64	66
– nein, sie taten nur das Nötigste	34	32
Die Angelegenheit wurde sofort bearbeitet:		
– ja	68	64
– man musste längere Zeit warten	30	34
Die Mitarbeiter waren für ihre Tätigkeit qualifiziert und ausgebildet:		
– gut	79	82
– weniger gut, schlecht	15	14
Die Mitarbeiter haben sich „normal“ verhalten:		
– ja	83	83
– nein, sie waren überheblich und arrogant und man wurde „von oben herab behandelt“	14	14
Die Mitarbeiter waren freundlich:		
– ja	83	84
– nein	14	14

\*) Basis: Diejenigen, die im letzten Jahr Kontakt mit Behörden hatten

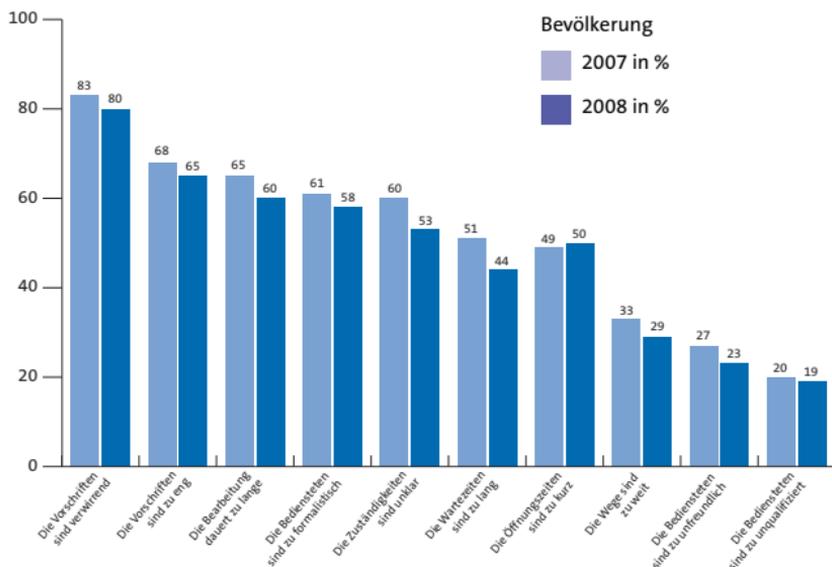
Lässt man die Befragten anhand von zehn Vorgaben die Probleme im Verhältnis der Bürger zur Verwaltung einschätzen, dann steht an erster Stelle unverändert die Klage über verwirrenden Vorschriften. Dies empfinden 80 Prozent der Bürger insgesamt, aber auch ähnlich viele der öffentlich Bediensteten als gegenwärtig größtes Problem im Verhältnis Bürger-Verwaltung. Es folgen mit 65 Prozent die Klagen über zu enge Vorschriften, die ebenfalls von den öffentlich Bediensteten geteilt werden.

Rund 60 Prozent beklagen, dass die Bearbeitung zu lange dauert bzw. die Bediensteten zu formalistisch seien. Jeweils rund 50 Prozent bemängeln die als zu unklar empfundenen Zuständigkeiten bzw. die zu kurzen Öffnungszeiten.

Dass die Wege zu den Behörden zu weit sind, beklagen nur 29 Prozent. Und dass die Bediensteten unfreundlich oder unqualifiziert sind, das glaubt nur eine Minderheit von 23 bzw. 19 Prozent der Bürger.

Über zu kurze Öffnungszeiten klagen 2008 ebenso viele Bürger wie im Vorjahr. Bei allen anderen Aspekten ist das Urteil der Bürger über die Verwaltung freundlicher geworden.

## > Probleme im Verhältnis Bürger-Verwaltung



# Die Rolle des Staates

Den Befragten wurden zwei Aussagen über die Rolle des Staats in der globalisierten Gesellschaft vorgelegt. Die eine lautete, dass man in einer globalisierten Gesellschaft immer weniger Staat brauche, weil der Markt letztlich schon alles richten werde. Die zweite lautete, dass man gerade in einer globalisierten Gesellschaft einen starken Staat brauche, der die Bürger vor ausufernden Entwicklungen schützen könne.

Der Auffassung, dass man heute immer weniger Staat brauche, stimmt 2008 wie schon 2007 nur eine Minderheit zu. Die Zustimmung liegt in allen Bevölkerungs- und Wählergruppen – mit Ausnahme der FDP-Anhänger – unter 25 Prozent.

## > Die Rolle des Staates in einer globalisierten Gesellschaft

	Es stimmen der Auffassung zu: In einer globalisierten Gesellschaft braucht man			
	... immer weniger Staat, der Markt wird alles richten		... einen starken Staat, der die Bürger vor aus- ufernden Entwicklungen schützen kann	
	2007 %	2008 %	2007 %	2008 %
Bevölkerung insgesamt	17	16	66	70
Beamte	7	6	74	78
Tarifangehörige	14	12	74	78
Arbeiter	22	22	70	74
Angestellte	18	11	66	71
Selbstständige	24	22	55	57
Ost	21	15	67	76
West	16	16	66	69
Anhänger der: CDU/CSU	18	15	73	73
SPD	16	14	68	77
FDP	22	29	54	58
GRÜNEN	12	9	64	69
DIE LINKE.	16	14	76	74

Obwohl eine klare Mehrheit durchaus einen starken Staat befürwortet, beklagen noch 62 Prozent aller Bürger, dass es derzeit in Deutschland zu viel staatliche Bürokratie gebe. Nur eine Minderheit hält das Ausmaß der Bürokratie für gerade richtig oder gar für zu gering. Allerdings ist der Anteil derer, die über zu viel Bürokratie klagen, im letzten Jahr von 69 auf 62 Prozent zurückgegangen.

### > Meinungen zum Ausmaß der staatlichen Bürokratie in Deutschland

	Staatliche Bürokratie gibt es in Deutschland					
	zu viel		gerade richtig		zu wenig*)	
	2007 %	2008 %	2007 %	2008 %	2007 %	2008 %
Bevölkerung insgesamt	69	62	24	28	4	6
Beamte	59	51	38	43	2	4
Tarifangehörige	69	60	26	29	3	7
Arbeiter	69	58	22	30	6	8
Angestellte	76	66	19	26	3	7
Selbstständige	82	74	17	19	1	3
Behördenkontakt: häufig	72	67	21	25	4	4
selten	62	59	28	31	5	8
Anhänger der: CDU/CSU	70	61	27	33	1	4
SPD	64	56	28	34	6	8
FDP	83	75	15	18	1	4
GRÜNEN	72	59	22	35	3	4
DIE LINKE.	72	67	18	23	4	8

\*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

## Öffentliche Dienstleistungen: staatlich oder privat?

In der öffentlichen Diskussion wird von manchen immer wieder eine über den bisherigen Umfang hinausgehende Privatisierung staatlicher Dienstleistungen gefordert.

Trotz aller Kritik an der Bürokratie teilten viele Bürger diesen Ruf nach mehr Privatisierung schon im letzten Jahr nicht. Die Privatisierungs-Skepsis ist seither eher noch größer geworden. So ist für fast alle Bürger unvorstellbar, dass hoheitliche Aufgaben wie die der Polizei, des Gerichtswesens oder des

Strafvollzugs privatisiert werden könnten. Auch die Dienstleistung der Finanzverwaltung, der Feuerwehr, der Schulen und der Rentenversicherung will die große Mehrheit der Bevölkerung nicht privatisiert sehen.

Der Anteil derer, die sich eine Privatisierung der Hochschulen und Krankenhäuser, der Müllentsorgung, der Arbeitsvermittlung, der Energieversorgung und des öffentlichen Nahverkehrs wünschen, ist 2008 im Vergleich zum Vorjahr zurückgegangen.

### > Erledigung öffentlicher Aufgaben durch den Staat oder durch Privatfirmen?

	Die Aufgaben bzw. Dienstleistungen					
	sollten unbedingt im öffentlichen Dienst bleiben		könnten ebenso gut von Privatfirmen erledigt werden		sollten*) unbedingt privatisiert werden	
	2007 %	2008 %	2007 %	2008 %	2007 %	2008 %
Polizei	97	96	2	3	0	0
Gerichtswesen	96	95	2	3	0	1
Strafvollzug	92	91	6	6	1	1
Finanzverwaltung	85	84	11	12	2	3
Feuerwehr	83	83	14	14	2	2
Schulen	76	78	20	17	3	4
Rentenversicherung	70	71	19	18	10	9
Hochschulen	66	69	27	24	5	4
Krankenhäuser	61	63	31	29	7	6
Müllentsorgung	41	46	44	40	14	13
Arbeitsämter	40	46	41	37	16	15
Energieversorgung	40	47	41	35	18	16
öffentlicher Nahverkehr	39	46	44	40	16	12
Theater, Museen	33	33	51	50	14	15

\*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

Dass bei den schon privatisierten bzw. zum Teil privatisierten Dienstleistungen die Leistungen nach der Privatisierung besser geworden seien, glauben die meisten Bürger nicht. Lediglich beim Paketdienst und der Telekommunikation glauben einige (je 47 Prozent), dass die Leistungen nach der Privatisierung besser geworden seien als beim früheren Staatsunternehmen Post.

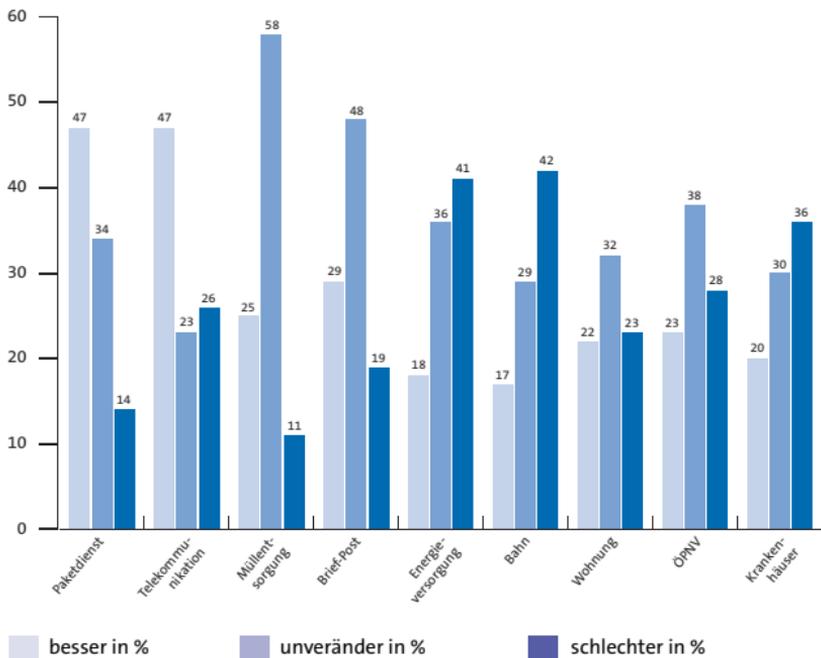
In allen anderen Bereichen (Müllentsorgung, Post, Energieversorgung, Bahn sowie Wohnungen, öffentlicher Nahverkehr oder Krankenhäuser) sieht eine große Mehrheit keine Verbesserungen der Leistungen nach der Privatisierung. Bei der Energieversorgung und der Bahn haben sogar 41 bzw. 42 Prozent den Eindruck, die Leistungen seien nach der Teilprivatisierung schlechter geworden.

Dass die Leistungen nach der Privatisierung billiger geworden seien, glaubt die Hälfte der Bürger nur für den Bereich der Telekommunikation. Aber auch hier glauben 30 Prozent, die Telekommunikationsdienstleistungen seien nach der Privatisierung teurer geworden und 15 Prozent sehen keine Veränderung der Preise.

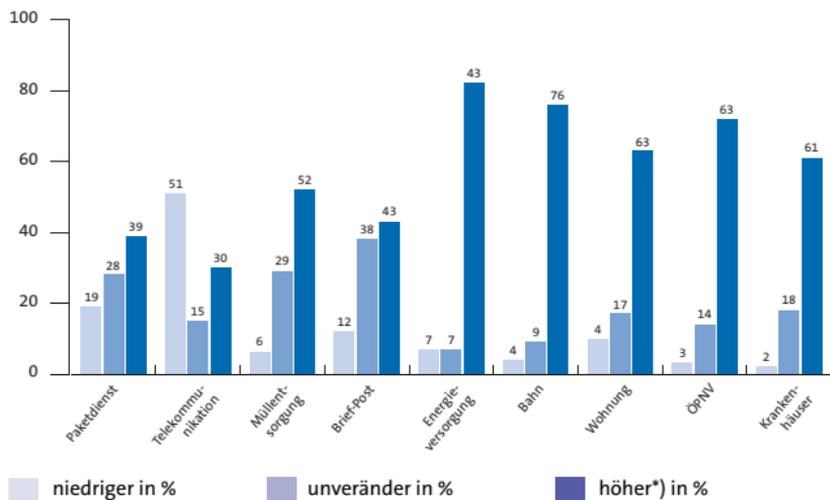
Bei der Müllentsorgung, den Krankenhäusern, den Wohnungen, dem öffentlichen Nahverkehr, der Bahn insgesamt und der Energieversorgung meint eine große Mehrheit, die Preise seien nach der Privatisierung gestiegen.

## › Qualität und Kosten von Dienstleistungen nach der Privatisierung

Die Leistungen sind nach der Privatisierung



## Die Kosten sind nach der Privatisierung



\*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

Bei einer Volksentscheidung darüber, ob weitere städtische Dienstleistungen privatisiert werden sollen oder nicht, würden sich 39 Prozent dafür, 48 Prozent dagegen entscheiden.

Mehrheitlich gegen weitere Privatisierungen würden sich die im öffentlichen Dienst Beschäftigten, die Arbeiter, die Ostdeutschen, die in größeren Städten Wohnenden sowie die Anhänger der SPD, von Bündnis 90/DIE GRÜNEN und der Partei DIE LINKE. entscheiden.

Mehrheitlich für weitere Privatisierungen würden sich nur die Anhänger der FDP entscheiden.

## > Verhalten bei einem Volksentscheid über Privatisierung

	Bei einem Volksentscheid über die Privatisierung weiterer städtischer Dienstleistungen würden dafür stimmen	
	ja %	nein, dagegen*) %
Bevölkerung insgesamt	39	48
Beamte	31	57
Tarifangehörige	33	53
Ost	37	53
West	40	47
Arbeiter	32	54
Angestellte	42	44
Selbstständige	48	43
<b>Ortsgröße (Einwohner):</b>		
weniger als 5.000	49	42
5.000 bis 20.000	38	47
20.000 bis 100.000	38	49
100.000 bis 500.000	38	53
über 500.000	35	49
Anhänger der: CDU/CSU	43	46
SPD	36	53
FDP	62	28
GRÜNEN	38	52
DIE LINKE.	26	66

\*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

Nicht zuletzt vor dem Hintergrund der bisherigen Erfahrungen der Bürger mit privatisierten, früher vom Staat betriebenen Dienstleistungen, plädiert 2008 noch nicht einmal ein Fünftel aller Bürger dafür, noch mehr öffentliche Dienstleistungen als bislang zu privatisieren. Über die Hälfte hält das Verhältnis zwischen öffentlichen und privaten Dienstleistungen so wie heute für ausreichend und will keine weiteren Privatisierungen. Ein Viertel plädiert sogar dafür, privatisierte Dienstleistungen wieder in den öffentlichen Dienst zu überführen (dabei denken die meisten in dieser Gruppe an die Energieversorgung und die Bahn, aber auch an den Bereich Gesundheitsversorgung – Krankenhäuser – sowie der Altenbetreuung und der Müllentsorgung).

Für weitere Privatisierungen sprechen sich in überdurchschnittlichem Maße die Selbstständigen sowie die Anhänger der FDP aus.

### > Meinungen zu weiteren Privatisierungen

	Es sollten noch mehr öffentliche Dienstleistungen privatisiert werden		Das Verhältnis zwischen öffentlichen und privaten Dienstleistungen sollte so bleiben wie jetzt		Privatisierte*) Leistungen sollten wieder in den öffentlichen Dienst überführt werden	
	2007 %	2008 %	2007 %	2008 %	2007 %	2008 %
Bevölkerung insgesamt	24	18	50	52	19	25
Beamte	26	14	53	52	19	31
Tarifangehörige	24	14	51	50	23	32
Arbeiter	27	14	48	51	17	28
Angestellte	37	22	45	51	15	23
Selbstständige	35	31	42	41	15	23
Ost	20	14	50	50	24	29
West	25	19	50	53	18	24
Anhänger der: CDU/CSU	31	20	48	56	17	21
SPD	21	18	55	54	19	23
FDP	44	43	35	44	18	11
GRÜNEN	29	17	53	55	15	27
DIE LINKE.	13	12	44	34	36	50

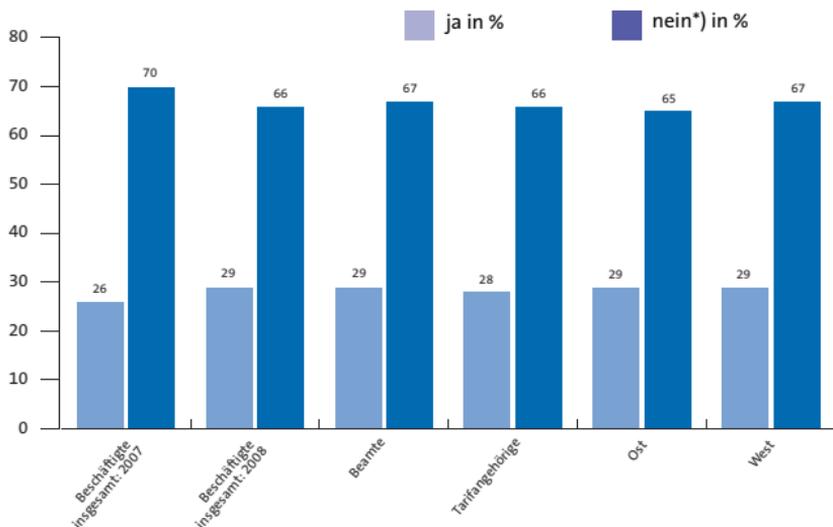
\*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

Innerhalb eines Jahres ist der Anteil derer, die für weitere Privatisierungen plädieren, um sechs Prozentpunkte von 24 auf 18 Prozent zurückgegangen. Umgekehrt ist der Anteil derer, die privatisierte Dienstleistungen wieder in den öffentlichen Dienst überführen wollen, von 19 auf 25 Prozent angestiegen.

# Parteien und öffentlicher Dienst

## > Einstellung der Politiker zum öffentlichen Dienst

Die Politiker haben für die besonderen Probleme des öffentlichen Dienstes Verständnis



\*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

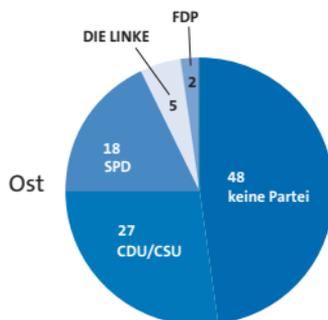
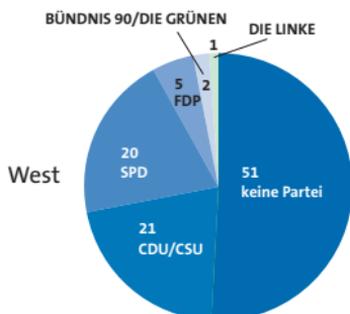
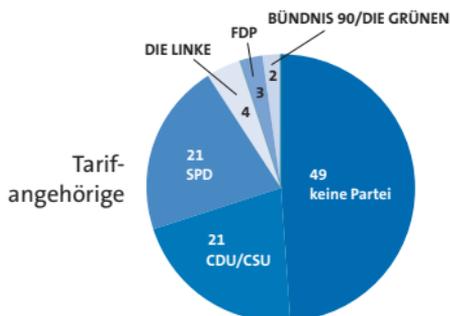
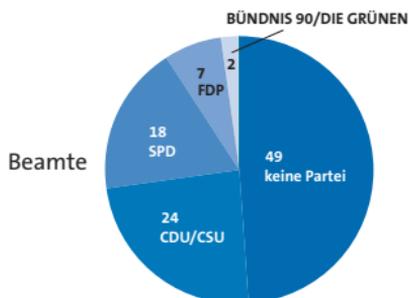
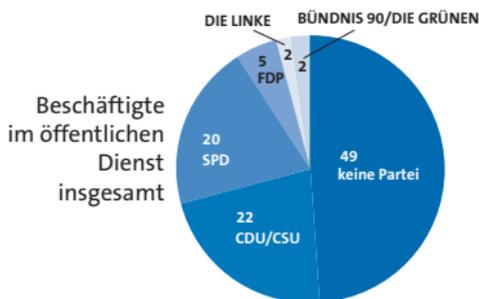
Die Hälfte der im öffentlichen Dienst Beschäftigten glaubt, dass derzeit keine der politischen Parteien die Interessen des öffentlichen Dienstes vertritt.

Von der CDU/CSU glauben dies 22, von der SPD 20, von den sonstigen Parteien neun Prozent.

Beamte glauben eher als Tarifangehörige, dass die CDU/CSU die Interessen des öffentlichen Dienstes vertritt.

## > Parteien und öffentlicher Dienst

Die Interessen des öffentlichen Dienstes vertritt am besten (in Prozent):



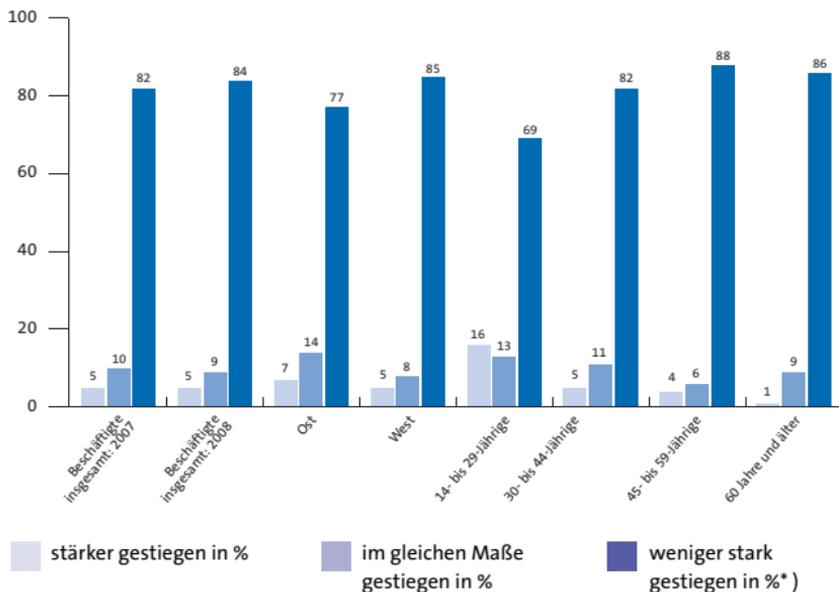
# Entwicklung der Einkommenssituation

84 Prozent der Beschäftigten im öffentlichen Dienst haben den Eindruck, dass die Einkommen im Vergleich zu denen in der freien Wirtschaft in den letzten Jahren weniger stark gestiegen seien.

Die Beamten teilen diese Einschätzung noch häufiger als die Tarifangehörigen.

Diese Einschätzung hat sich im Vergleich zum Vorjahr nicht geändert.

## > Einschätzung der Entwicklung der Einkommenssituation im öffentlichen Dienst



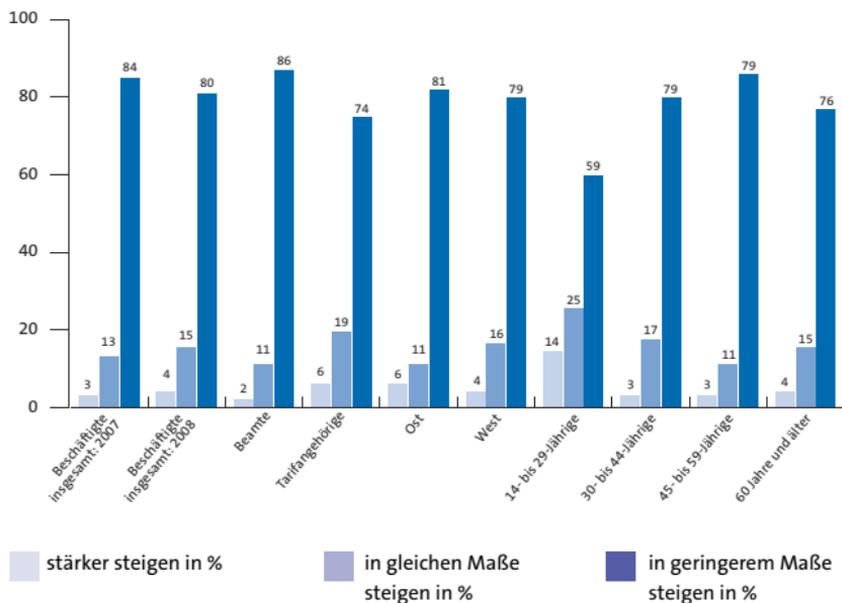
\*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

Die überwiegende Mehrheit der öffentlich Bediensteten (80 Prozent) glaubt auch 2008, dass in den nächsten Jahren die Einkommensentwicklung im öffentlichen Dienst der der freien Wirtschaft hinterherhinken wird.

Diese Einschätzung unterscheidet sich in den einzelnen Gruppen des öffentlichen Dienstes nur unwesentlich.

## > Vermutete Entwicklung der Einkommenssituation im öffentlichen Dienst

Im Vergleich zur freien Wirtschaft werden die Einkommen im öffentlichen Dienst in den nächsten Jahren



Die Mehrheit der Beschäftigten im öffentlichen Dienst glaubt auch 2008 wie schon ein Jahr zuvor, dass das bezogene Einkommen im Vergleich zur freien Wirtschaft zu niedrig sei. Dies glauben vor allem die öffentlich Bediensteten in Westdeutschland und die Jüngeren.

## Notizen



## IMPRESSUM

**Herausgeber:** Bundesleitung des dbb beamtenbund und tarifunion,  
Friedrichstraße 169/170, 10117 Berlin

**Quelle:** forsa Gesellschaft für Sozialforschung und statistische Analysen mbH,  
„Bürgerbefragung öffentlicher Dienst. Einschätzungen, Erfahrungen und Erwartungen“,  
Redaktionsschluss: 30. Juni 2008, verantwortlich: Prof. Manfred Güllner

**Redaktion:** Dr. Frank Zitka, dbb

**Gestaltung:** Marian-Andreas Neugebauer

**Druck:** Vereinigte Verlagsanstalten GmbH Düsseldorf,  
Höherweg 278, 40231 Düsseldorf